

Der Hochschule in den Betrieb gelangt

Baselbieter Landrat soll aufräumen: Vorstösse zur Pädagogischen Hochschule gehen der Regierung teils zu weit.

Andreas Schwald

Die Ausbildung von Lehrpersonen bleibt ein politischer Dauerbrenner im Baselbiet. Nach dem Aufruhr um die Ansprüche an die Pädagogische Hochschule (PH) der Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW) vergangenen Sommer hält die Aufarbeitung der Vorstösse nach wie vor an. Der Aufruhr ging los, weil wegen des kurzzeitigen Totalausfalls des Belegungssystems an der PH Unzufriedenheit seitens der Studierendenschaft, aber auch seitens der Politik geäussert wurde. Es ging um Präsenzpflichten, aber auch um generelle Themen wie die Praxisnähe der Ausbildung.

Das Baselbieter Parlament darf nun sukzessive die Forde-

rungen abarbeiten. Bereits für Donnerstag sind nun zwei Vorstösse von Anita Biedert (SVP,

Die beiden Postulate von Anita Biedert hält die Regierung für kontraproduktiv.

Muttenz) traktandiert, die sich auch für den Verein Starke Schule beider Basel einsetzt. Zudem steht das Vorstosspaket «PH verbessern» der SP auf der Liste. Darunter sind Forderungen wie mehr Praxisbezug, aber auch die Überarbeitung des Belegungssystems.

Viel Aufwand, viel Aktivismus

Für beide Postulate von Biedert beantragt die Regierung nun Ablehnung: Die Sekundarlehrpersonenausbildung nach Leistungsniveau A und Kleinklasse beziehungsweise Niveau E und P zu differenzieren, hält die Regierung sogar für kontraproduktiv angesichts des Personalmangels. Des Weiteren soll die FHNW ihre Lehrstrategie selbst

erarbeiten; diese könne nicht von Politik und Verwaltung vorgegeben werden.

Beim Sechserpaket der SP sieht die Einschätzung etwas differenzierter aus. Die Forderung von Landrat Ernst Schürch, dass die PH mit Ausbildungsschulen zur Vorbereitung auf den Berufsalltag stärker zusammenarbeiten soll, sei nicht zielführend. Dies würde eine Rückverlagerung der Ausbildung von der PH hin zu den Schulen bedeuten – mit entsprechendem Mehraufwand.

Auch die Forderung von Roman Brunner, das Belegungssystem zu überarbeiten, sei abzulehnen: Dieser Prozess sei eindeutig auf der operativen Ebene der PH FHNW angesiedelt. Die Regierung erwarte, dass sie die-

sen so gestaltet, dass technische Pannen vermieden würden.

Entgegennehmen würde die Regierung jedoch die Forderung nach sogenannten Tandemdozierenden an der PH, jene zur Aufrechterhaltung von ordentlichen Praktikumsdauern sowie jene nach der Überarbeitung von Schulleitungsausbildungen. Letztere soll aber abgeschrieben werden, da das Thema bereits in Bearbeitung sei.

Ebenfalls entgegennehmen will die Regierung die Forderung nach mehr Praxisbezug, allerdings als Postulat und nicht als Motion. Dabei geht es darum, die Qualifikation für Dozierende so anzupassen, dass auch berufserfahrene, aber akademisch weniger beschlagene Personen dozieren können.